

Schwedter Tageblatt

Verkundungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellsgeb. besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 61

Donnerstag, den 13. März 1930

37. Jahrgang

Der Youngplan endgültig angenommen.

Mit 265 gegen 192 Stimmen.
Auch Polenvertrag genehmigt.

Berlin, 13. März.

Am Regierungstische: Reichskanzler Müller und die übrigen Mitglieder des Kabinetts.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht

Die dritte Beratung des Youngplans

und der damit verbundenen Gesetze. Von den Kommunisten ist ein Antrag eingegangen, die Verkündung der Young-Gesetze für zwei Monate auszusetzen.

Das Wort nimmt sofort

Reichskanzler Müller.

Die Annahme des neuen Planes steht heute zur Entscheidung. Bei den langwierigen Verhandlungen um dieses Werk war für Deutschland die Befreiung der Rheinlande sowie die Neuregelung der Reparationsfrage das Ziel. Die Reichsregierung setzt sich auch jetzt bei Beginn der dritten Lesung nachdrücklich für eine gleichzeitige Verabschiedung aller dieser Gesetzesvorlagen ein. Sie hat in keinem Stadium der Verhandlungen ein Fehl daraus gemacht, daß der Sachverständigenplan und die zu seiner Inkrustierung getroffenen Abkommen auch nach ihrer Überzeugung hinter den berechtigten Erwartungen Deutschlands weit zurückbleiben, und daß die Kritik in manchen Punkten leider berechtigt ist. Ausschlaggebend muß für uns aber bleiben, ob das Ergebnis als ganzes dem deutschen Gemeinwohl förderlich ist oder nicht.

Die Reichsregierung erklärt mit voller Überzeugung, daß sie in der Neuregelung einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand der Dinge erblickt.

Die Regelung der Reparationsfragen, wie sie jetzt vorliegt, befreit die deutsche Wirtschaft von dem lähmenden Zustand der Unsicherheit der wirtschaftlichen Zukunft.

Man hat den Vorwurf erhoben, daß das Haager Abkommen Deutschland Zusatzleistungen auferlege, die der Sachverständigenplan selbst nicht vorsah, nämlich die rund 400 Millionen aus der Uebergangszeit, den Gegenwert für das verlorengegangene Staatsvermögen in Polen und die Liquidationsüberschüsse. In allen drei Fällen kommen jedoch Mehrleistungen über die Annuitäten der Sachverständigen hinaus nicht in Frage. Der Young-Plan enthält nichts darüber, daß wir ein Recht haben sollten, jene Beträge von den Jahresleistungen abzuziehen. Zu den Beträgen aus der Uebergangszeit hat der Young-Plan überhaupt keine Bestimmungen getroffen, weil die gegnerischen Sachverständigen schon damals Deutschland das Recht auf die Überschüsse bestritten und die Sachverständigen sich deshalb nicht einigen konnten.

Die Bezirke, die Deutschland aussprechen mußte, haben ihre Grundfrage in einer Empfehlung der Sachverständigen der Gläubigermächte, der die deutschen Sachverständigen keinen ausdrücklichen Widerspruch entgegensehen konnten.

Auch die Zahlungen auf die belgischen Markforderungen sind keine Zusatzleistungen. Die Sachverständigen muteten selbst den belgischen Mitgliedern die Unterzeichnung ihres Berichts nur unter der Voraussetzung zu, daß eine Vereinbarung über die Markforderungen erzielt werde.

Kein Mensch in der Welt kann heute mit ehrlicher Überzeugung die Auswirkungen des Young-Planes prophezeien.

Wir können nur feststellen, daß Deutschland den neuen Plan mit der aufrichtigen Bereitschaft, ihn durchzuführen, annimmt, und daß es sein Bestes tun wird, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Finanzpolitik Deutschlands ist in Zukunft frei. Das Gegenstück zu dieser Freiheit ist Selbstverantwortung, auch für die Übertragung der Reparationszahlungen an das Ausland.

Alle Mißdeutungen und Zweifel

in der Sanktionsfrage

sind unbegründet. Durch die Beseitigung der Reparationskommission und durch die Einführung der Organe des neuen Planes ist dem Sanktionsystem des Vertrages von Versailles der Boden entzogen. Das Rheinland ist von der Sonderhaftung befreit. Alle Streitfragen sind künftig vom Schiedsgericht zu entscheiden.

Die Räumung der besetzten Gebiete

ist mit der Annahme der vorliegenden Gesetze gesichert. Erhöhen Sie den Wert, den wir dem Tag entgegen, an welchem wir die Befreiung der Rheinlande feierlich begehen und den Rheinländern für ihre Treue und die dem Vaterland gebrachten Opfer danken können. Bedauerlich bleibt allerdings, daß

die Saarverhandlungen

nach zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. Ich bin der festen Hoffnung, daß der Befreiung der Rheinlande und der Pfalz bald die des Saargebiets folgen wird.

Sanierung der Finanzen.

Vor allen Dingen aber ist eine Sanierung der Finanz- und Kassenlagen des Reiches, der Länder und Gemeinden die unerlässliche Voraussetzung für eine Rückkehr zu geordneten Finanzverhältnissen.

Deshalb hat die Reichsregierung den Haushaltsplan für 1930 mit größter Sparjamkeit aufgestellt und durch sichere Einnahmen in sich ausgeglichen. Als Grundsatz für den außerordentlichen Haushalt hat die Regierung festgestellt: 1. Neue außerordentliche Ausgaben dürfen künftig nur in den Haushalt eingestellt werden, wenn die Deckung feststeht. 2. Vorläufig darf ein neuer Anleihebedarf erst dann wieder in den Haushalt eingestellt werden, wenn der alte endgültig abgedeckt ist. 3. Alle Verpflichtungen dürfen nur im Rahmen der vom Reichsfinanzminister bereitgestellten Mittel eingegangen werden.

Die Erwerbslosigkeit

wird sich, wenn es nach der Annahme des neuen Planes gelingt, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, nicht so ungünstig auswirken wie zurzeit. Die Reichsregierung wird mit allem Nachdruck bemüht sein, die deutsche Sozialpolitik in den bewährten Bahnen fortzuführen. Neue rasch wirkende Maßnahmen

gegen die Agrarnot

sind in Vorbereitung. Die Einfuhr entbehrlicher Nahrungsmittel kann nur gerechtfertigt werden, soweit die Produktionskräfte des Landes nicht ausreichen, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Wir müssen die Vorräte aus zwei guten Erntejahren im Lande verbrauchen und dadurch die Einfuhr ausländischen Weizens einschränken, die nahezu 450 Millionen Mark im Jahre erreicht.

Eine Gefährdung der deutschen Währung ist ausgeschlossen. Die Furcht vor politischen Unruhen fördert die Kapitalflucht. Ganz zu unrecht. Denn die Regierung ist stark genug, Putschgeheule von links und rechts rücksichtslos im Reine zu unterdrücken. Die deutsche Republik steht heute unerschütterlich da.

Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden von der Mehrheit vielfach mit Beifall begleitet, während die Opposition an verschiedenen Stellen lebhaften Widerspruch erhob. Großer Lärm erhob sich namentlich auf der Rechten, als der Kanzler erklärte, daß niemand über die Auswirkungen des Youngplans Sichereres prophezeien könne. Abgeordneter Goebels (Nat.-Soz.), der dem Kanzler erregte Zurufe machte, wurde zur Ordnung gerufen. Am Schluß fand die Kanzlerrede bei der Mehrheit starken Beifall, während bei den Kommunisten Spürsurse ertönten.

Abgeordneter Dauch (D. Vp.)

gibt für das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei zu den Liquidationsabkommen mit England, Australien und Neuseeland eine Erklärung ab, wonach die genannten Fraktionen diesen Abkommen nur zustimmen, weil sonst England den Neuen Plan vielleicht nicht ratifizieren würde. In der Erklärung wird dann die Beschränkung der Freigabe des liquidierten Eigentums und namentlich die Haltung Englands bedauert, aber die Hoffnung ausgesprochen, daß sich auch bei der englischen Regierung noch eine andere Auffassung durchsetzen werde.

Abgeordneter Wallraj (Dnati.)

verweist auf die Erklärung in der Reichskanzlerrede, daß die Regierung mit allen Nachmitteln ausgerüstet sei, um Ruhestörungen von rechts oder links zu begegnen. Das könne doch nur bedeuten, daß die Regierung den Entwurf des neuen Republikstiftungsgesetzes zurückziehen wolle. (Seitens der Rechten.) Wir begrüßen mit großer Freude die Befreiung des Rheinlandes, aber wir vergessen nicht die immer wiederholte Erklärung der treuen rheinischen Bevölkerung, daß die Befreiung nicht erkauft werden soll durch neue Ketten und neue Lasten. Wir vergessen auch nicht, daß die Befreiung des Saargebiets mit seiner treudeutschen Bevölkerung noch nicht erreicht ist.

Das Verhalten unserer Vertragsgegner erinnert uns an den Wucherparagrafen des deutschen Strafgesetzbuchs.

Danach treibt Wucher, wer sich einen einseitigen Vorteil durch die Ausbeutung der Unerfahrenheit, des Leichtsinns oder der Notlage eines anderen verschafft. Wir wollen dem Reichspräsidenten in aller Ehrerbietung Gelegenheit geben, nochmals zu prüfen, ob er unter dieses Dokument seinen weltgeschichtlichen Namen setzen will. (Beifall rechts.)

Abgeordneter Dr. Brüning (Zt.)

erklärt, die gütige Besprechung der gestrigen Zentrumserklärung in der Rechtsprelle zeige, daß das Zentrum den richtigen Weg gegangen ist. Mit leichtem Herzen werde keiner dem Young-Plan zustimmen. Entscheidend für unsere Haltung zum Young-Plan sind wirtschaftliche Überlegungen. Der Young-Plan ist kein Vertrag zwischen gleichmächtigen Gegnern, er ist und bleibt ein Diktat, und nur diesem Diktat fügen wir uns. (Beifall.) Der Redner verliest dann

zwei Anträge,

die die Regierungsparteien eingebracht haben. Der erste Antrag billigt die Erklärung des Reichskanzlers und wiederholt dann die einzelnen Feststellungen des Kanzlers über die Verpflichtung der beteiligten Regierungen, alle Streitfragen der Auslegung und Anwendung des Neuen Plans der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterstellen, die Ausführungen über die Zerreißung des Planes, über die Funktionen des beratenden Sonderausschusses und über das Rotoratorium. Zum Schluß wird erklärt, daß der Reichstag über alle anderen Anträge zur Tagesordnung übergehe. — Der zweite Antrag ist in der Form einer Entschließung eingebracht und weist darauf hin, daß der Neue Plan über rein wirtschaftliche Erwägungen hinaus von den politischen Machtverhältnissen beeinflusst worden ist. Hinsichtlich seiner Durchführung enthalte der Plan selbst die notwendigen Sicherungen, die es bei gutem Willen ermöglichen, das Gesetz der wirtschaftlichen Vernunft zur vollen Auswirkung gelangen zu lassen. Darüber hinaus werde Deutschland nicht darauf verzichten, mit allen ihm zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln der Außenpolitik der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Lage entgegenzuwirken. Der Redner fährt dann fort:

Wir hätten in der Reichskanzlerrede eine schärfere Formulierung der Erklärung gewünscht, daß die Finanz-Sanierung in einem Zeitpunkt erfolgen soll, der nur durch wenige Tage von der Verabschiedung des Young-Planes getrennt ist. Uns ist es mit dieser Forderung absolut ernst.

Wir werden unverzüglich politische Konsequenzen ziehen bei Verzögerung der Finanzverhandlungen oder bei Schaffung von erneuten Schwierigkeiten. Wir erwarten, daß nach der Entscheidung für den Young-Plan die innere Zerfleischung aufhört, damit wir vertrauensvoll arbeiten können an einer besseren Zukunft unseres Volkes. (Beifall im Zentrum.)

Außer den Kommunisten haben inzwischen auch alle übrigen Oppositionsparteien beantragt, die Verkündung der Young-Gesetze auszusetzen. Die Kommunisten haben einen Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler eingebracht.

Abgeordneter Florin (Komm.)

erklärt, das internationale Proletariat werde den Young-Plan zerreißen. Trotz aller Drohungen der Regierung würden die Kommunisten am 1. Mai einen Großkampf- und Streiktag durchführen.

Abgeordneter Dr. Bredt (D. Vp.)

verliest eine Erklärung, in der es heißt, die Wirtschaftspartei stehe grundsätzlich auf dem Boden der Verständigungspolitik, sie könne aber nach gewissenhafter Prüfung der wirtschaftlichen Wirkungen des Young-Planes diesem Plan nicht zustimmen.

Abgeordneter Dr. Jasp (D. Vp.)

erwidert zunächst dem Abgeordneten Dr. Brüning, er möge sich über die Bedenken einer Verquickung von Räumungs- und Reparationsfrage mit dem Zentrumsminister auseinandersetzen. Wir freuen uns, so führt der Redner aus, daß nicht nur hinsichtlich der Kassenanierung, sondern der absoluten Notwendigkeit einer prinzipiellen Steuer- und Wirtschaftsreform das Zentrum endlich auf unsere Seite getreten ist. In diesem entscheidenden Augenblick sollten die Regierungsparteien nicht unter sich polemisieren. Die Befreiung des Rheins ist der Erfolg einer seit sieben Jahren geführten deutschen Außenpolitik.

Abgeordneter Stampfer (Soz.)

erklärt, daß der Mißtrauensantrag nicht etwa vom Reichskanzler bei den Kommunisten bestellt worden ist, sondern die Kommunisten haben ganz freiwillig und ohne Gegenleistung dem Reichskanzler diese Gefälligkeit erwiesen. (Seitens der Rechten.) Wir wissen genau, daß der Youngplan uns schwere Lasten auferlegt, aber wir wissen auch, daß er uns Erleichterungen bringt gegenüber dem Dawesplan, dem seinerzeit auch der deutsche Abgeordnete Wallraj zugestimmt hat.

Abgeordneter Meyer-Berlin (Dem.)

stellt in einer Erklärung fest, daß seine Fraktion geschlossen für die Younggesetze stimmen werde. Es bestehe keine andere Möglichkeit, um dem mühsamen Wege nationaler Be-